



Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich 2,70, in Poln.-Oberschl. monatlich 3,20, im Voraus zahlbar bei Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 3,20. — Preise freibleibend. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Anzeilen und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mm-Beile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtsige Anzeigen die einseitige mm-Beile 0,12 1/2 GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amliche, Finanz- und Belimittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Beile 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Anzeilen- und Anstaltsvermittlung 0,10 GM. — Beilagen: abwärts 4,- GM. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akford oder bei Konturs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Direkte Verhandlungen mit Frankreich

Ob. Rotterdam, 19. März. (Eig. Ber.) Die Londoner Times melden aus Paris: Die Beratungen des polnischen Außenministers mit Herriot haben, wie wir zuverlässig erfahren, keine Zusage Herriots an den Polen-Minister gebracht. In jedem Falle will Herriot die Verhandlungsfreiheit haben, wenn, wie man allgemein annimmt, noch vor Ostern die direkten Besprechungen mit Deutschland über das Garantieangebot beginnen.

Ein Ultimatum

—er. Berlin, 18. März.

Ist Chamberlain nach seinem Genfer „Siege“ in Paris umgefallen? Hat England wieder einmal auf Kosten Deutschlands nachgegeben? Die diplomatischen Verlaufbarungen sind wie die Schlachtberichte im Kriege. Sie verheimlichen die eigenen Verluste und verklären das Unangenehme. Wir glauben aber doch nicht, daß in der zweiten Hufammenkunft Herriots mit Chamberlain das übliche englische Unglück passiert ist. Sonst würde sich die Pariser Presse liebenswürdiger einstellen, als sie es jetzt tut. Auch Herriot selbst, von Fragen bestimmt, äußerte sich recht fröhlich. Als man ihm erzählte, Chamberlain habe gesagt: „Wir haben auf dem Grabe des Berliner Protokolls ein paar Tränen vergossen.“ meinte Herriot: „Wir haben durchaus keine Tränen fallen lassen. Der Garantievertrag, wie ebenfalls ein Protokoll darstellt und auf seinen Grundstücken beruhen wie das Genfer Protokoll und vielleicht auf dasselbe hinauskommen.“ Herriot hat also die Auberlicht, daß der französische Standpunkt in der Garantiefrage schließlich doch durchdringen werde oder er stellt sich wenigstens so. Aber im innerlichen Wüten brennt der Zweifel. „Matin“ hat wohl recht, wenn er das Benehmen der Minister nach ihrer Unterredung dahin deutet, daß „noch nichts abgemacht und nichts festgelegt sei.“

Freilich, in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund scheint eine Verständigung zwischen den hohen Staatschefs getroffen worden zu sein, und wenn nicht alle Reichen trügen, käufte die neueste Ententepolitik darauf hinaus, dem Deutschen Reich ein — Ultimatum zu stellen, dahin lautend: „Die deutschen Sicherheitsverträge werden erst dann beseitigt, wenn Deutschland in den Völkerbund getreten ist.“ Damit gewinnt das Mal der Völkerbunds-Mitgliedschaft eine verweirte Achtung mit einem Preis, das man Deutschland über den Kopf wirft, um es dem Mehrheitswillen der Ententestarten erst recht anhängig zu machen. Wie weit ist in diesem Punkte die diplomatische Lage gekommen?

Eine tut Not, weil am Donnerstag der auswärtige Etat auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung steht und dabei der Völkerbunds-Eintritt als die derzeit brennendste Frage voranschreitlich durchzufragen wird. Welches Gutachten soll die Reichsregierung abgeben? Wie ist es mit der militärischen Beteiligung Deutschlands bei Völkerbunds-Ereignissen? Die Note des Rates will hier kein Ruhezustand machen. Sie stellt den Grund auf: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“, und überliest dabei, daß man der Schwere, die in ähnlicher Lage wie Deutschland ist, bereits eine Ausnahmebestimmung gewährt hat. Die Reichsregierung und der Reichstag müssen jetzt mit aller Schärfe den Begriff der deutschen Neutralität ausarbeiten, wie er für die Eintrittsform in den Völkerbund unerschütterliche Bedingungen werden muß. Der Artikel 16 der Völkerbunds-Satzung ist für das heutige wechselland eine Falle, in der es Hals und Krage verlieren könnte.

Und wie steht es mit dem Artikel 19 der Satzung? Auf Grund dieses Artikels kann Deutschland die Revision seiner Offensiven im Völkerbund beantragen. Immer wieder aber wird uns gesagt, der Eintritt in den Völkerbund sei für Deutschland die endgültige Bindung hinsichtlich aller im Verfaller Vertrag und in den Beschlüssen der Völkerbunds-Konferenz festgelegten Grenzen. Hier liegt ein unheimlicher Widerspruch vor, der geklärt und gelöst werden muß. Was Chamberlain und Herriot bei ihrer zweiten Zusammenkunft in Paris vereinbart haben mögen, ist für Deutschland nicht maßgebend. Aus dem Reichstag heraus wird die Entente und die ganze Welt hoffentlich die Bedingungen vernehmen, die Deutschland für seinen Eintritt in den Völkerbund stellen muß.

Keine Lösung der Preußenkrise

Dr. Marx will ablehnen

Ob. Berlin, 19. März. (Eig. Ber.) In parlamentarischen Kreisen des Landtags hieß es gestern abend, daß, falls Herr Marx nicht in der Lage sein sollte, heute dem Landtag ein Kabinett vorzustellen, von ihm die Erklärung abgegeben werden wird, daß er die auf ihn gefallene Wahl zum Ministerpräsidenten nicht annehme. Der Landtag wird dann sofort in die Neuwahl des Ministerpräsidenten eintreten. Wer gewählt werden wird, hängt von der Entscheidung des Zentrums ab.

In Berlin, 19. März. Nach dem Lokal- und Zentralrat kommen als Präsidenten für ein neues Ver- amtentabiet Kammergerichtspräsident Zigges, der frühere Finanzminister Saemisch und der dem Zen-

Freie Bahn Deutschland wieder „rechts“ über

Ob. London, 19. März. Im Unterhaus wurde in dritter Lesung einstimmig ein Gesetzentwurf angenommen, der die Rechtsunfähigkeit der Angehörigen ehemals feindlicher Staaten aufhebt und damit die Bahnen für die deutsch-englischen Verhandlungen freimacht.

Steuererhöhungen?

Ob. Berlin, 18. März. Im Haushaltsaus- schuß des Reichstages wurden die Anträge behan- delt, die für die Besoldungsgruppen 1—6 eine Er- höhung des Steuerzuschlages von 12 1/2 auf 20 % fordern. Gegen diese Anträge wandte sich Reichsfinanzminister von Schlieffen. Auch Ver- treter des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums lehnten die Anträge ab und wiesen auf die Rückwirkungen auf die Pri- vationdustrie hin. Reichsverkehrsminister Dr. Krohn machte auf die schweren Rückwirkun- gen für die Eisenbahnen aufmerksam. Der Ausschuss beschloß, die Anträge zu verwerfen, um erst eine Stellungnahme der Fraktionen herbei- zuführen.

Gegen die Bier- und Tabaksteuer

Ob. Karlsruhe, 18. März. Die badische Re- gierung beschloß, im Reichstag gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer zu stimmen.

Der Kampf der Eisenbahner

Ob. Berlin, 19. März. (Eig. Ber.) Im Eisen- bahnerstreik wird heute der Schiedspruch für ver- bindlich erklärt. Zunächst soll die Stellungnahme der Reichsregierung zu den von der Reichsbahn als notwendig bezeichneten Erhöhungen der Eisenbahn- fahrtpreise geklärt sein.

Englands Einwendungen

Ob. London, 19. März. Chamberlain hat heute zum ersten Mal seiner Richtigkeit an der Unterhaus-Sitzung teilgenommen. Auf die Frage, ob er gewillt sei, mit der französischen Regierung über eine geeignete Grundlage für die gemeinsame Unter- stützung des Genfer Protokolls zu verhandeln, ent- gegnete Chamberlain, daß die Einwendungen der britischen Regierung gegen das Protokoll betref- fend die Grundfrage seien, daß sie in dem Protokoll keinesfalls eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen erblicken könne. Es sei eher anzunehmen, daß die Regierung sich ganz der Sicherheits- frage zuwenden werde, wie er das auch in seiner Er- klärung im Senat ausgedrückt habe.

Lohnforderung im Ruhrbergbau

Ob. Essen, 19. März. (Eig. Ber.) Die Ruhrbergbauarbeiter haben gestern in 11 Versammlungen Beschlüsse angenommen für die Dringlichkeit der Tarifserhöhungen zum 31. März. Dem Vernehmen zufolge beginnen am kommenden Dienstag in Berlin die Einigungsverhandlungen.

Der Sicherheitspakt

Ob. Rotterdam, 19. März. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus London: Die Entäußerung der Kabinetsmitglieder ist sehr groß. Im Unter- haus ist an den Staatssekretär des Auswärtigen die Frage gerichtet worden, ob er dem Hause Mitteilung über das jüngst erfolgte deutsche Angebot betr. eines weiteuropäischen Sicherheitspaktes machen könne. Chamberlain sagte: Die nur unvorsprün- glich im strengsten Vertrauen gemachten Mitteilungen stellen eine Sonderierung dar, die seitdem eine Erweiterung erfahren hat. Ich beschäme die An- gelegenheit in allgemeiner Form in der nächsten Woche zur Erörterung zu bringen.

Abrüstung der Seemächte

Ob. New York, 18. März. Die Vorerklärun- gen für die geplante Entwaffnungskonferenz, zu der bekanntlich nur große Seemächte eingeladen werden sollen, werden vor Jahresende nicht fertig sein. Frankreich soll unter allen Umständen zur Teilnahme bewegen werden. Da man annimmt, daß Frankreich die Frage der U-Boot-Abrüstung nicht zulassen werde, will man nur über die Beschränkung der Zahl der U-Boote Kreuzer und der U-Bootsflotten verhandeln.

Wahl der Beamtenräte

Ob. Berlin, 19. März. (Eig. Ber.) Die Wahl an den Beamtenräten hat nach den bisher vorliegen- den Einzelberichten einen großen Stimmen- rückgang der sozialistischen Reichsgewerkschaft ge- bracht. Ob der Stimmenrückgang zu einem allge- meinen Bruch der sozialistischen Vorherrschaft in den Eisenbahner-Organisationen führt, können erst die weiteren Wahlberichte entscheiden.

Russisch-französische Annäherung?

Ob. Paris, 19. März. In der Kammer wurde eine französisch-russisch-parlamentarische Gruppe ge- bildet, die sich die Prüfung familiärer wirtschaft- licher und finanzieller Beziehungen zwischen den beiden Ländern und den Schutz der Interessen der Inhaber russischer Wertpapiere zum Ziele setzt. Bis- her sind 50 Parlamentarier sämtlicher Parteien der Gruppe beigetreten.

Der Kirchenstreit in Frankreich

Ob. Paris, 19. März. Heute nachmittag wird in der Kammer gelegentlich einer Interpellation eine lebhafteste Debatte über das Manifest der Kardi- näle erwartet. Nebenher aller Parteien werden sich an der Aussprache beteiligen, darunter Paul Boncour, Leon Blum und Alexander Berenne. Herriot schreibt man die Absicht zu, erst morgen in die Debatte ein- zugreifen. Es wird für heute bereits mit einer Unterbrechung der elsaß-lothringischen Abgeordneten gerechnet.

Was geht vor?

Truppenansammlungen vor Danzig

Paris, 19. März. Die „Chicago Tribune“ bringt einen Washingtoner Bericht, der aufsehener- regende Angaben über kriegsrische Vorbereitungen des polnischen Generalstabes enthält. Polen, so heißt es, erwägt angesichts der letzten Verhandlungen ernst- lich die Möglichkeit eines Krieges, der von einem Augenblick zum andern ausbrechen kann. Sollte Frankreich deräumung Kölns um den englisch- deutschen Sicherungsvorschlägen zustimmen, so werde sich der polnische Generalstab veranlaßt sehen, Dan- zig zu besetzen. 40.000 Mann Polen sind, wie von polnischer Seite angegeben wird, vor Danzig an- gesammelt. Diese haben aber keine Waffen. Die Truppen auf Danzig marschieren, verladen werden, den polnischen Korridor abzuschneiden. Der polnische Generalstab mißt der Anhäufung russi- scher Truppen an der polnischen Grenze keine Bedeu- tung bei, da eine russische Offensive nicht vor dem Frühjahr unternommen werden könne.

Deutscher Reichstag

Berlin, 18. März. Am Regierungstisch Reichsfinanzminister Dr. von Schlieffen. Präsident Loebé eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Abg. Eichorn (Kom.) erneut die sofortige Besprechung der Vorgänge in Halle und in Stuttgart. Präsident Loebé teilt mit, daß der Reichsinnen- minister die Landesregierung aufgefordert habe, das amliche Material sofort einzureichen. Der preußi- sche Innenminister Geering habe mitgeteilt, daß er über die Vorgänge in Halle vor dem zunächst zustän- digen Forum des preussischen Landtages am Donnerstag berichten werde. Später soll auch dem Reichstag das Material vorgelegt werden. Das Material auf Württemberg liegt ebenfalls noch nicht vollständig vor. Die sofortige Behand- lung der Angelegenheit wird abge- lehnt.

Änderung des Besoldungsgesetzes

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes zur Änderung des Besoldungs- gesetzes.

Abg. Alletotte (S.) berichtet über die Ver- handlungen des Haushaltsausschusses. Der Aus- schuß hat beschlossen, daß das Besoldungsgesetz mit Wirkung vom 1. April 1926 ab außer Kraft ge- setzt ist. Wenn die Länder und Gemeinden bereits zum 1. Januar 1926 oder zu einem früheren Zeit- punkte durch Einführung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer größere Selbstständigkeit in Bezug auf die Ausübung dieser Steuern erhalten, so tritt das Gesetz schon zu jenem früheren Zeitpunkt außer Kraft.

Abg. Hoffmann (Soz.-Dem.) protestiert gegen die Verlängerung des Besoldungsgesetzes bis zum 1. April 1926.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) lehnt ebenfalls die Vorlage ab.

Die Vorlage wird darauf in 3. Lesung gegen Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Abg. Dietrich (Dem.) beantragt die dritte Lesung auszusetzen, um den Gesetzentwurf zur Nachprüfung der Frage, ob er verfassungsgemäß sei, dem Reichsausschuß zu überweisen. Der Antrag wird abgelehnt.

In der dritten Lesung werden die einset- zenden Bestimmungen des Gesetzes angenom- men. Abg. Steinkopf (Soz.-Dem.) beantragt dann die Abstimmung über die Zustimmung, daß das Sperrgesetz erst mit Wirkung vom 1. April 1926 ab außer Kraft tritt auszusetzen und auf Donner- stag zu verlegen. Der Antrag auf Verlegung wird abgelehnt. Die Abstimmung über die grundlegenden Bestimmungen ist unausgesetzt. Sie ergibt die An-